

© Schwerpunkt »Wachstum«

Warum (nicht) wachsen?

Überblick über die aktuelle wachstumskritische Diskussion in Wirtschaft und Gesellschaft

von Irmi Seidl und Angelika Zahrt

Wachstumskritik ist in den letzten Jahren wieder zu einem öffentlichen Thema geworden – während parallel Politik und Wirtschaft eindringlich Wachstum fordern. Ein Grund für diese paradoxe Situation dürften die vielfältigen aktuellen Krisen sein, die ihren Ausgangspunkt in der Finanzmarktkrise ab 2007 nahmen und weite Teile der Wirtschaft, des Staates und der Gesellschaft erfasst haben. Diese multiple Krise lässt die einen nach Alternativen zum Wachstum suchen, während sie die andern darin bestärkt, weiterhin auf Wachstum zu setzen. – Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die zentralen Auslöser der derzeitigen Wachstumskritik, erläutert die verschiedenen Strömungen innerhalb der wachstumskritischen Debatte und erläutert an zwei Beispielen, wie sehr große gesellschaftliche Bereiche einem Wachstumszwang unterliegen – und wie dieser schrittweise abgebaut werden könnte. Landwirtschaftliche Fragen werden dabei (noch) nicht berührt. Es geht vielmehr darum, die in diesem Kritischen Agrarbericht geführte Diskussion in den größeren Zusammenhang aktueller, wachstumskritischer Debatten zu stellen.

Ein zentraler Ausgangspunkt der Wachstumskritik ist die Annahme, dass die Wachstumsphase in den Industriestaaten nach dem Zweiten Weltkrieg ein historischer Sonderfall ist und sich diese Entwicklung nicht dauerhaft fortsetzen lässt. Dies wird mit folgenden Argumenten begründet:

- Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand ein großer Wiederaufbaubedarf, es stand neu entdecktes billiges Erdöl zur Verfügung und das US-amerikanische, fordistische Konsummodell, das hohen Produktionsoutput mit Massenkonsum kombinierte, breitete sich im Westen aus.¹
- In dieser Phase wurden auch technische und gesellschaftliche Innovationen und Fortschritte der zweiten Hälfte des 18. und des 19. Jahrhunderts (Watt-Dampfmaschine, Elektrizität, Verbrennungsmotor, Sanitärsystem, Telefon etc.) breit umgesetzt und generierten in vielen Bereichen Wachstum.² Solche grundlegenden Erfindungen scheint es aber inzwischen nicht mehr zu geben (offenbar löst selbst IT keinen ähnlich starken Wachstumsimpuls aus). Der Wachstumsrückgang ab den 1970er-Jahren ist eine Folge davon.
- Dauerhaftes Wachstum ist auf einem begrenzten Planeten nicht möglich. Dies betonten in den 1950er- und 1960er-Jahren bereits Ökonomen wie Nicholas Georgescu-Roegen oder Kenneth E. Boulding und diese grundsätzliche Überlegung motivierte den 1972 veröffentlichten Bericht an den Club of Rome *Die Grenzen des Wachstums*.³ Tatsächlich findet selbst seit dem Zweiten Weltkrieg kein exponentielles Wachstum, sondern ein lineares statt.⁴ Dies führt mittelfristig zu rückläufigen Wachstumsraten, denn lineares Wachstum bedeutet, dass der Zuwachs ab-

solut gleich bleibt, wegen der steigenden Bezugsbasis aber die Wachstumsraten sinken.

- Ständiges Wirtschaftswachstum führt nicht zu einem fortgesetzten Wohlstandsanstieg. Dies deutete bereits Ludwig Erhard in seinem Buch *Wohlstand für Alle* an. Er schrieb 1957: »Wir werden sogar mit Sicherheit dahin gelangen, daß zu Recht die Frage gestellt wird, ob es noch immer richtig und nützlich ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen, oder ob es nicht sinnvoller ist, unter Verzichtleistung auf diesen ›Fortschritt‹ mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen.«⁵ Mehr noch: In früh industrialisierten Ländern driften Wachstum und Wohlstand auseinander, wie Manfred Max-Neef bereits 1995 aufzeigte.⁶ Dazu verglich Max-Neef das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) mit der Wohlfahrtsentwicklung, gemessen mit einem um ökologische und soziale Faktoren korrigierten BIP. Ähnlich stellt die moderne ökonomische Glücksforschung fest, dass in reichen Industrieländern nicht weiteres Wirtschaftswachstum, sondern mehr Zeit, soziale Beziehungen, Kultur und Gesundheit das Wohlergehen erhöhen.⁷
- Weiter einmalig für die Nachkriegsära war das starke Bevölkerungswachstum, das inzwischen in einen demographischen Wandel hin zu einer älter werdenden Gesellschaft bei insgesamt abnehmender Bevölkerung übergegangen ist. Dies dämpft die Angebots- und Nachfragedynamik.

Ein weiterer Ausgangspunkt der Wachstumskritik ist die Feststellung, dass Wirtschaftswachstum nicht (mehr) zur Lösung zentraler gesellschaftlicher Probleme beiträgt. Dies wird mit folgenden Argumenten begründet:

Arbeitslosigkeit

Trotz Wachstum hat sich seit den 1970er-Jahren in den westlichen Ländern eine zum Teil recht hohe Arbeitslosigkeit eingestellt. Sie ist unter anderem Resultat des ab den 1970er-Jahren rückläufigen Produktivitätswachstums sowie des noch stärker rückläufigen BIP-Wachstums, weswegen Wachstum vielmals nicht die aufgrund von Produktivitätswachstum frei werdenden Arbeitsplätze kompensieren kann.⁸ Die inzwischen niedrigen Wachstumsraten können also kaum mehr bestehende und neue Arbeitslosigkeit reduzieren. Um die Arbeitslosigkeit zu senken, ist daher auf andere Maßnahmen als Wachstum zu setzen (z. B. Arbeitszeitreduktion, Ausbau des Dienstleistungssektors, geringere Besteuerung des Faktors Arbeit etc.).

Soziale Ungleichheit

Ab den 1980er-Jahren nahm soziale Ungleichheit in den meisten OECD-Ländern zu. Auch wenn die Ur-

sachen sehr vielfältig sind, so zeigt sich doch, dass das Wachstum – wenngleich niedriger als in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg – diese Entwicklung zunehmender Ungleichheit nicht bremsen konnte. Der Argumentation von Thomas Piketty folgend, waren die Wachstumsraten nicht mehr hoch genug, um die Umverteilungseffekte der über Jahrhunderte hinweg stabilen Kapitalrendite aufzuwiegen.⁹ Da die künftigen Wachstumsraten kaum mehr das Nachkriegsniveau erreichen werden, macht es keinen Sinn, im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit auf Wachstum zu setzen. Vielmehr müssen andere Umverteilungsmechanismen gesucht werden wie z. B. die stärkere Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaften.

Öffentliche Verschuldung

Das Wachstum ab den 1980er-Jahren bezeichnen verschiedene Autoren als schuldengetriebenes Wachstum: Bei rückläufigem Produktivitätswachstum wurde über Verschuldung (bzw. Kreditgeldschöpfung) Wachstum generiert.¹⁰ Die Folge ist eine exorbitante Verschuldung von Ländern, Unternehmen, privaten Haushalten und des Finanzsektors, was eine weitere Wachstumsankurbelung über Verschuldung erschwert. Gleichzeitig ist die öffentliche Verschuldung so hoch, dass für viele Länder keine Hoffnung mehr besteht, Wachstum könne ausreichend hoch sein, um die Schuldenlast abzubauen.¹¹

Umwelt- und Ressourcenverbrauch

Trotz jahrelanger Forderung und teilweise auch Anstrengung, die ökologische Effizienz zu erhöhen, gibt es bislang keine Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstum sowie Umwelt- und Ressourcenverbrauch.¹² Effizienzverbesserungen führen zwar zu weniger Umweltverbrauch pro Produkteinheit, doch dies wird durch Mengenwachstum und Produktveränderungen kompensiert (zum Teil sogar überkompensiert). Damit findet die ökologisch notwendige Reduktion von Ressourcenverbrauch und Emissionen, um Nachhaltigkeitsziele und Klimastabilisierung zu erreichen, nicht statt.

Wachstumskritische Debatten – ein Überblick

Die Wachstumskritik lässt sich verschiedenen Strömungen zuordnen.¹³ Im Folgenden werden einzelne Strömungen vorgestellt: *Décroissance* (*degrowth*), konservative Wachstumskritik, *steady state economy* und Postwachstumsgesellschaft, wobei letztere etwas ausführlicher diskutiert wird.

Décroissance/Degrowth

Die *Décroissance*-Bewegung ist vor allem in europäischen Mittelmeerländern verbreitet. Die ursprüngliche Inspiration kommt vom Ökonomen Nicholas

Georgescu-Roegen, für den das Entropiegesetz ein zentraler Ausgangspunkt seiner gesamten wissenschaftlichen Argumentation war: Er widerlegte zentrale Annahmen des ökonomischen Mainstreams, forderte ein drastisches Senken des Ressourcenverbrauchs und damit der Entropiezunahme.¹⁴ Die aktuelle Diskussion wird von heterodoxen Ökonomen wie Serge Latouche (Frankreich) und Juan Martinez-Alier und Kollegen (Spanien) gestützt.¹⁵ Doch wesentlich getragen und auch vorangebracht wird diese Bewegung von Aktivisten und Aktivistinnen. Zentrale Themen sind Nord-Süd-Kontraste und -Ungleichheiten, Kritik an Globalisierung und Kapitalismus, Werbung und Konsumgesellschaft sowie die Forderung nach einem »Weniger«, nach Verzicht und nach Lebensweisen, die mit dem vorherrschenden Wohlstandsmodell brechen. Gemäß Latouche ist *Décroissance* ein reformatorisches Programm, bei dem es »um eine Dekolonialisierung unserer Vorstellungswelt, um ein Ent-Ökonomisieren unserer Realität, um eine Aufhebung des fiktiven Warencharakters von Boden, Arbeit und Geld« geht.¹⁶

Diesem Ansatz am nächsten ist in Deutschland das Netzwerk Wachstumswende sowie der Ansatz der Postwachstumsökonomie von Niko Paech.¹⁷ Matthias Schmelzer und Alexis Passadakis, zwei deutsche Vertreter des Netzwerkes Wachstumswende, sprechen davon, dass das deutsche BIP um mindestens ein Drittel bis Mitte des Jahrhunderts schrumpfen müsse und verweisen darauf, dass dies ungefähr dem BIP-Niveau Mitte der 1980er-Jahre entspreche. Dieses Niveau sei dann stabil zu halten. Gleichzeitig stellen Schmelzer und Passadakis wie auch Latouche fest, dass die Kontraktion der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung kein Ziel an sich sei, sondern ein notwendiges Mittel, neben dem auch beschleunigtes Wachstum bestimmter Wirtschaftssektoren wie erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft, öffentlicher Personennahverkehr, Bildung, Gesundheits- und Altersversorgung etc. stattfinden könne.¹⁸

Konservative Wachstumskritik

Zweifel an den ordnungspolitischen Implikationen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes von 1967, das für die Regierung eine gesetzliche Verpflichtung zum angemessenem Wirtschaftswachstum enthält, waren Ausgangspunkt für die von Kurt Biedenkopf 1991 formulierte Kritik an der Wachstumspolitik.¹⁹ In dieser Tradition steht die Wachstumskritik seines langjährigen Mitarbeiters und Kollegen Meinhard Miegel.²⁰ Biedenkopf argumentiert mit der naturgesetzlichen Unmöglichkeit von ständigem Wachstum, den ökologischen Auswirkungen, der wachsenden Verstaatlichung der Gesellschaft und der gesellschaftlichen Verteilungsentscheidungen, der durch Wachstums-

förderung ausgelösten öffentlichen Verschuldung sowie der Ökonomisierung aller Politikbereiche, wodurch sich diese Bereiche verstärkt auf ökonomisches Wachstum ausrichten.²¹ Miegel begründet die derzeitige gesellschaftliche Krisensituation mit der Wachstumsorientierung und fordert einen tiefgreifenden kulturellen Wandel, durch den es möglich werden soll, die Wachstumsabhängigkeit zu beenden und eine weitere Zuspitzung der Krisen zu verhindern. Dieser kulturelle Wandel reicht von einem neuen Arbeitsverständnis und der Neuorganisation der Arbeit über die Stärkung von Gemeinsinn und Bürgergesellschaft zur Entlastung der Sozialsysteme bis hin zur Internalisierung externer Kosten.²²

Steady-state-Ansatz

Der Steady-state-Ansatz geht auf Herman E. Daly zurück und war lange Zeit der Referenzpunkt der Wachstumskritik der Ökologischen Ökonomik.²³ Daly bezieht sich auf John Stuart Mill (1806–1873), den klassischen Ökonomen, der eine Situation des *steady state* (»stetiger bzw. stabiler Zustand«) empfahl und für möglich hielt: eine Situation, in der die breite Masse gut, aber nicht üppig lebt, die Freuden des Lebens kultivieren kann, keine endlosen Kämpfe und Konkurrenzen führen muss. Daneben ist Dalys Ansatz von Georgescu-Roegens Ressourcenkategorien sowie seiner thermodynamischen Wachstumskritik beeinflusst. Zentral für Daly sind der materielle Durchsatz einer Ökonomie, die Ressourcenbestände und deren Serviceleistungen. Daly definiert eine *steady state economy* wie folgt: »[It is] an economy with constant stocks of people and artifacts, maintained at some desired, sufficient levels by low rates of maintenance ›throughput‹, that is, by the lowest feasible flows of matter and energy from the first state of production (depletion of low-entropy materials from the environment) to the last stage of consumption (pollution of the environment with high-entropy wastes and exotic materials).«²⁴ In den USA wird Wachstumskritik weitgehend nur von Vertretern dieses Ansatzes artikuliert.

Postwachstumsgesellschaft

Dem Konzept der Postwachstumsgesellschaft, das von uns vertreten wird,²⁵ liegen zwei zentrale Annahmen zugrunde: zum einen ist eine Abkehr von der bisherigen Orientierung am ständigen Wirtschaftswachstum aus verschiedenen Gründen dringend geboten (siehe oben), zum anderen müssen als Voraussetzung für eine solche Abkehr zentrale gesellschaftliche und ökonomische Subsysteme und Institutionen so umgebaut werden, dass sie nicht weiter existenziell vom Wirtschaftswachstum abhängen. Es geht um den Übergang und die Zeit nach der jetzigen Wachstumsorientierung, und diese Neuorientierung muss die gesamte

Gesellschaft betreffen – nicht nur die Ökonomie, einzelne Sektoren oder Strukturen.

Eine zentrale Frage, die zum Konzept der Postwachstumsgesellschaft führt, ist die Frage, warum Politik, Wirtschaft und Gesellschaft so beharrlich und unermüdlich am Wirtschaftswachstum und seiner Stimulierung festhalten. Und dies trotz jahrzehntelanger Wachstumskritik intelligenter Denker und Denkerinnen und vieler guter Argumente, die gegen diese einseitige Wachstumsfixierung sprechen (siehe oben). Weshalb also gibt die Politik die Wachstumszielsetzung nicht auf, sondern verstärkt gar ihre Anstrengungen, wirtschaftliches Wachstum zu generieren?

Wir erklären dies mit der Tatsache, dass zentrale gesellschaftliche Bereiche und Institutionen – so wie sie heute organisiert sind – existenziell auf Wachstum angewiesen sind, um zu funktionieren. Die verbreitete Annahme der Nachkriegsjahrzehnte, das Wachstum würde ständig weitergehen, wurde in die Grundlagen und das Funktionieren damals neu entstehender und weiterentwickelter Bereiche wie die Sozialversicherung, die öffentlichen Finanzen, Unternehmens- und Steuergesetzgebung oder das Geld- und Finanzwesen eingebaut. Dies führt zu einer Wachstumsabhängigkeit dieser Bereiche. Hinzu kommt, dass unsere Gesellschaften keine Vorstellung mehr haben, wie eine

wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ohne Wachstum aussehen könnte. Entsprechend ist regelmäßig das Argument zu hören, ausbleibendes Wachstum bedeute Stillstand oder gar Rückkehr zu vormodernen Zeiten.

Es muss also darum gehen, Vorstellungen und Konzepte darüber zu entwickeln, wie eine wachstumsneutrale Gesellschaft und Wirtschaft aussehen können und vor allem darum, die relevanten Institutionen und Bereiche hin zu Wachstumsunabhängigkeit umzugestalten.

Ausblick

Angesichts der angedeuteten enormen Herausforderungen stellt sich die Frage, wie eine Transformation angeschoben und realisiert werden kann. Inzwischen gibt es einen breiten Diskurs über Transformation hin zu einer wachstumsunabhängigen Gesellschaft und Wirtschaft, allerdings fehlen übergreifende Konzepte und Theorien. Zahlreich sind die Stimmen, die Veränderungspotenzial und -impulse vor allem in gesellschaftlichen Nischen und bei Individuen sehen,²⁶ während andere Stimmen auf die Aufgabe der Politik hinweisen, förderliche Rahmenbedingungen zu schaffen.²⁷

Für den Politologen John W. Kingdon kommt es dann zu politischen Entscheidungen, die Verände-

Abhängig vom Wachstum?

Zwei Beispiele für vermeintliche Wachstumszwänge – und mögliche Alternativen

Im Folgenden wird exemplarisch anhand von zwei gesellschaftlichen Bereichen (Gesundheitswesen, Arbeitsmarkt) aufgezeigt, weshalb sie wachstumsabhängig sind und welche ersten Ansatzpunkte es für eine Umgestaltung gibt.

Beispiel I: Gesundheitswesen

Dies ist einer der wenigen verbliebenen, verlässlichen Wachstumsbereiche mit einer Wachstumsrate, die in vielen OECD-Ländern über jener des BIP liegt.²⁸ Die Gesundheitsausgaben (im Jahr 2013 in Deutschland elf Prozent des BIP²⁹) werden aufgrund von Zivilisationskrankheiten, medizinisch-technischem Fortschritt und demografischem Wandel auch weiterhin steigen.

An Wachstum interessiert sind die meisten am Gesundheitswesen beteiligten Akteure (Pharma- und Medizinindustrie, Ärzteschaft, Krankenhausträger, teilweise Krankenkassen und Arbeitnehmervertreter des Gesundheitssektors etc.). Auch die Politik hat ein gewisses Interesse, arbeiten im Gesundheitswesen doch zwölf Prozent der Beschäftigten Deutschlands. Werden nun aufgrund von abnehmendem oder ausbleibendem Wirtschaftswachstum Beitragserhöhungen, Einschnitte im Leistungskatalog oder Kürzungen

bei den Anbietern von Gesundheitsdiensten nötig, so ist dies politisch schwer durchsetzbar. Jeder Politiker wird dies zu vermeiden versuchen und stattdessen lieber Wirtschaftswachstum fordern und fördern.

Im Hinblick auf eine Umgestaltung dieses Sektors ist festzustellen, dass seit vielen Jahren umfangreiche Reformdiskussionen stattfinden, wie die Dynamik des Kostenwachstums begrenzt werden könnte. Diese Diskussionen wurden allerdings nicht unter der Perspektive der Problematik des Wirtschaftswachstums geführt – und von den Reformvorschlägen wurde aufgrund starker Interessen wenig umgesetzt. Reformvorschläge sind etwa: Prämien-Splitting-Modell, neue ärztliche Versorgungsmodelle (*managed care*), verstärkte persönliche Gesundheitsverantwortung gekoppelt mit Anreizen für Prämienreduktionen, Förderung eines gesamtheitlichen individuellen Gesundheitsbewusstseins und Vorsorge, Förderung nichtinvasiver Behandlungen und Palliativmedizin, Steuerung der Ärztedichte, Begrenzung der Macht der Lobbyisten, stärkerer Widerstand gegen Preissetzungen der Pharma- und Medizinindustrie, verbesserte Betrugskontrolle, umfangreichere Kosten-Nutzen-Rechnungen und Stärkung der Wirtschaftlichkeitsprüfungen im ▶

rungen bewirken, wenn drei sog. Ströme (*streams*) zusammenkommen.³⁰ *Erstens* muss ein Problem die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit haben. *Zweitens* muss das Thema auf der Agenda der Regierung stehen, unterstützt von politischen Akteuren. *Drittens* schließlich muss eine politische Entscheidungsagenda mit Ideen, Konzepten und Handlungsmöglichkeiten vorhanden sein, getragen von Personen, die politisch zu handeln bereit sind. Kommen diese drei »Ströme« zusammen, erfolgt politische Entscheidung und Implementierung.

Im Hinblick auf Postwachstum sind alle drei Bedingungen nicht (oder allenfalls rudimentär) erfüllt, wobei die dritte Bedingung sicherlich die voraussetzungsreichste ist: Es geht um belastbare Ideen, Konzepte und Handlungsmöglichkeiten, wie eine Gesellschaft ohne Wachstum funktionieren kann. Die unten diskutierten zwei wachstumsabhängigen Gesellschaftsbereiche (Gesundheit und Arbeit) zeigen, dass es durchaus ältere und neue Reformideen und -erfahrungen gibt, die das Potenzial haben, Transformation hin zu Wachstumsunabhängigkeit voranzubringen. Dabei gibt es zahlreiche Verbindungslinien, Synergien und Widersprüche zwischen den einzelnen Handlungsfeldern.

Von Wachstumskritikern werden oft die Bedenken vorgebracht, dass die Postwachstumsgesellschaft und

die Transformation dahin Stillstand, Lähmung und Rückschritt bedeuten würden. Das Gegenteil ist der Fall: Innovation, Kreativität, Pioniergeist, Wissen und Intellekt sind gefragte Ressourcen.

Anmerkungen

- 1 C. Pfister: The »1950s syndrome« and the transition from a slow-going to a rapid loss of global sustainability. In: F. Uekoetter (Ed.): The turning points of environmental history. Pittsburgh 2010, pp. 90–118.
- 2 R. J. Gordon: Is U.S. economic growth over? Faltering innovation confronts the six headwinds. NBER Working Papers 18315. Cambridge, MA 2012.
- 3 D. H. Meadows et al.: The limits to growth: A report for the Club of Rome's project on the predicament of mankind. New York 1972.
- 4 Vgl. die im Maddison-Projekt ermittelten Wachstumszahlen (www.ggd.net/maddison/maddison-project/home.htm – 2013 version).
- 5 L. Erhard: Wohlstand für Alle (1. Auflage 1957). 8. Auflage, Düsseldorf 1964, S. 233.
- 6 M. Max-Neef: Economic growth and quality of life: A threshold hypothesis. In: Ecological Economics, 15 (1995), pp. 115–118. – Für die aktuelle Situation vgl. H. Diefenbacher et al.: NWI 2.0 – Weiterentwicklung und Aktualisierung des Nationalen Wohlfahrtsindex. Endbericht zum Vorhaben UM 10 17 907. Heidelberg/Berlin 2013.
- 7 J. Helliwell, R. Layard and J. Sachs (Eds.): World happiness report. New York 2012.

Gesundheitswesen, Abschaffung der Subventionierung ungesunder Ernährung (z. B. tierisches Eiweiß) oder weniger Markt- und Wettbewerbsideologie im Gesundheitssektor.³¹ All dies wären Ansatzpunkte, um im Gesundheitswesen den inhärenten Zwang zu weiterem Wachstum schrittweise abzubauen.

Beispiel II: Arbeitsmarkt

Ein zentrales Argument für Wirtschaftswachstum ist die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, was Einkommen, Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Konsum und sozialen Frieden erhält. Doch der Zusammenhang zwischen der Anzahl von Arbeitsplätzen bzw. der Beschäftigtenquote und Wachstum ist komplex. Einen Hinweis darauf gibt die sog. Beschäftigungsschwelle. Sie beschreibt die Wirkung von Produktivitätswachstum und Produktionswachstum auf die Beschäftigung: Je höher das Produktivitätswachstum (z. B. durch *economies of scale* oder andere Faktoren wie technischen Fortschritt), desto stärker muss die Produktion wachsen, um die Beschäftigung konstant zu halten.

Seit Mitte der 1970er-Jahre ist aber die Produktivitätszunahme in westlichen Ländern deutlich gesunken, liegt jedoch in Deutschland gleichwohl über dem BIP-Wachstum.³² Dies bedeutet, dass die Arbeitslosigkeit steigen müsste. Allerdings ist in Deutschland in den letzten Jahren die Rate der Arbeitslosen gesunken. Dies ist unter anderem

erklärbar durch: neue Tätigkeitsfelder, bis vor Kurzem fehlende Mindestlöhne, einen großen Niedrig(st)lohnsektor, eine deutliche Zunahme von Nicht-Norm-Arbeitsverhältnissen wie Teilzeit, Befristung und Scheinselbstständigkeit.

Wiederum ist im Hinblick auf eine Umgestaltung dieses Sektors festzustellen, dass verschiedene Maßnahmen seit vielen Jahren diskutiert werden: Eine reduzierte Besteuerung von Arbeit senkt ihren Preis und schafft folglich Arbeitsplätze, was durch höhere Steuern auf Energie, Ressourcen oder Vermögen etc. gegenfinanziert werden könnte (»Ökologische Steuerreform«). Auch der Ausbau des Dienstleistungsbereichs mit seinen oft arbeitsintensiven Tätigkeiten (vor allem im Sozialen) sowie Arbeitszeitreduktion und der Ausbau von Teilzeitarbeit (mit Lohnausgleich für die unteren Einkommenskategorien) schaffen Arbeitsplätze und verteilen Arbeitsmöglichkeiten gleicher (bei entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen).³³ Gleichzeitig können Strukturen für informelle Arbeit wie Eigenarbeit, Ehrenamt, Tauschkreise etc. aufgebaut werden, um neue Möglichkeiten des Tätigseins zu schaffen und Lohnneibüßen zu kompensieren. Weiter dürfte die Stärkung regionaler Kreisläufe zusätzliche, möglicherweise stabilere Arbeitsplätze schaffen. Schließlich reduzieren Qualifizierung und Berufsbildung die Erwerbslosigkeit, vor allem von jungen Menschen, und nehmen Druck, aufgrund von Jugendarbeitslosigkeit Wachstum zu forcieren.³⁴

- 8 G. Erber und H. Hagemann: Zur Produktivitätsentwicklung Deutschlands im internationalen Vergleich. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2012.
- 9 T. Piketty: Das Kapital im 21. Jahrhundert. München 2015.
- 10 D. Sornette und P. Cauwels: The illusion of the perpetual money machine. Notenstein White Papers. St. Gallen 2012.
- 11 R. Dobbs et al.: Debt and (not much) deleveraging. McKinsey Global Institute. February 2015.
- 12 T.O. Wiedmann et al.: The material footprint of nations. In: PNAS, 112 (2013), pp. 6271–6276. – Siehe hierzu auch T. Jackson: Wohlstand und Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München 2011, S. 81–99 (Kap. 5: »Der Mythos Entkopplung«).
- 13 Siehe hierzu auch I. Seidl und A. Zahrnt: Postwachstumsgesellschaft: Verortung innerhalb aktueller wachstumskritischer Diskussionen. In: Ethik und Gesellschaft 1 (2012), S. 1–22 (www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-1-2012_Seidl_Zahrnt.pdf).
- 14 N. Georgescu-Roegen: Demain la décroissance. Entropie – Écologie – Économie. Lausanne 1979.
- 15 S. Latouche: Petit traité de la décroissance sereine. Paris 2007 (dt.: Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn. München 2015). – G. Kallis, C. Kerschner and J. Martinez-Alier: The economics of degrowth. In: Ecological Economics 84 (2012), pp. 172–180.
- 16 S. Latouche: Inzwischen kennt die französische Öffentlichkeit den Begriff »Décroissance«. Interview mit Serge Latouche. In: I. Seidl und A. Zahrnt (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg 2010, S. 203.
- 17 N. Paech: Suffizienz und Subsistenz: Therapievorschläge zur Überwindung der Wachstumsdiktatur. In: Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V. (Hrsg.): Zeitwohlstand: wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben. München 2013, S. 40–51. – Ders.: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München 2012.
- 18 M. Schmelzer und A. Passadakis: Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte. Hamburg 2011, S. 73 und 71.
- 19 K. Biedenkopf: Für eine ökologische Reform der Marktwirtschaft. In: E. Stratmann-Mertens, R. Hickel und J. Priewe (Hrsg.): Wachstum. Abschied von einem Dogma. Frankfurt a. M. 1991, S. 83–100.
- 20 M. Miegel: Exit. Wohlstand ohne Wachstum. Berlin 2010. – Ders.: Hybris: Die überforderte Gesellschaft. Berlin 2014.
- 21 K. Biedenkopf: Die Ausbeutung der Enkel. Berlin 2007.
- 22 Miegel 2010 (siehe Anm. 20).
- 23 H. E. Daly: Toward a steady-state economy. In: J. Harte and H. R. Socolow (Eds.): Patient Earth. New York/Holt 1971. – Ders.: The economics of the steady state. In: American Economic Review 64 (1974), pp. 15–21.
- 24 H. E. Daly: The steady-state economics (2nd ed.). London 1991, p. 17.
- 25 I. Seidl und A. Zahrnt (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg 2010.
- 26 H. Welzer und B. Sommer: Transformationsdesign: Wege in eine zukunftsfähige Moderne. München 2014.
- 27 U. Schneidewind und A. Zahrnt: Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik. München 2013.
- 28 OECD: Health at a glance 2013. OECD-Indicators. Paris 2013.
- 29 OECD: Health expenditure and financing. Paris 2015 (<http://stats.oecd.org>).
- 30 J. W. Kingdon: Agendas, alternatives, and public policies. New York 2003.
- 31 H. P. Studer: Gesundheitswesen als kosteneffizientes Solidarsystem mit Eigenverantwortung. In: Seidl und Zahrnt (siehe Anm. 25), S. 66–75.
- 32 Erber und Hagemann (siehe Anm. 8).
- 33 N. Reuter: Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung. In: Seidl und Zahrnt (siehe Anm. 25), S. 85–102.
- 34 R. H. Strahm: Warum wir so reich sind. Wirtschaftsbuch Schweiz. Bern 2008.



PD Dr. Irmi Seidl

Leiterin der Forschungseinheit Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Eidgenössischen Forschungsanstalt Wald, Schnee und Landschaft, Birmensdorf, Schweiz.

E-Mail: irmi.seidl@wsl.ch



Prof. Dr. Angelika Zahrnt

Promovierte Ökonomin und Ehrenvorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Langjähriges Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung.

E-Mail: angelika.zahrnt@bund.net